



Stellungnahme zum Haushalt 2016

13.11.15

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren,

Letztes Jahr hatte ich Sie unter dem Eindruck des Klimagipfels in Lima gefragt, wo denn Kiribati liegt. Wissen Sie wahrscheinlich nicht mehr. In Paris steht erneut ein Gipfel bevor, bei dem europaweit nach Lösungen gesucht wird, die eine Erwärmung der Erde auf **2 Grad** Celcius beschränken sollen. Grenzüberschreitend soll zusammengearbeitet und Maßnahmen beschlossen werden. Beim Thema Klima wird deutlich: Grenzen existieren nicht, weltweit bestehen Zusammenhänge, die nicht nur national gelöst werden können.

Diese Einsicht gilt leider bei der aktuellen Flüchtlingsproblematik nicht. Nationales Denken, Grenzzäune, Abschottung, Schuldzuweisung, mangelnde Solidarität-eigentlich eine Bankrotterklärung der europäischen Idee.

Deutschland hat Anfang der 1990 Jahre seine letzte große Flüchtlingswelle erlebt, damals Menschen, die vor dem Balkankrieg geflüchtet sind. Danach sind die Flüchtlingszahlen stetig gesunken. Dank dem Dublinabkommen wurden Flüchtlinge vorwiegend in Italien aufgenommen. Man hatte den Eindruck, wir in Deutschland leben auf einer Insel.

Deutschland bezeichnet sich gerne als Exportweltmeister, daraus entstehende Abhängigkeiten wirtschaftlicher und sonstiger Art werden gern nebulös verdrängt.

Wie schnell Skandale, siehe jüngstes Beispiel VW, dann doch Folgen zeigen, wird sich demnächst bei Entlassungen zeigen.

Damit sind wir wieder beim Thema Klima angelangt. Der VW-Skandal zeigt auf, dass statt ehrlichem Handeln Vertuschen bis hin zur kriminellen Handlung an der Tagesordnung sind, die Wirtschaft wenig Verantwortung zeigt. Dies mag überspitzt sein, irreführt sich fühlt der engagierte Bürger, der nicht mehr weiß, auf welche werbewirksame Versprechung er sich verlassen kann.

Themenwechsel-Konzept für die Flüchtlingspolitik gesucht

Dank an dieser Stelle zunächst allen, die sich mit großem Engagement der Aufgabe widmen, eine Willkommenskultur zu stärken und beizubehalten.

Für den Landkreis bedeutet der aktuelle Flüchtlingsstrom eine enorme Herausforderung. Die Zusammenarbeit mit den Kreisgemeinden halten wir für sehr wichtig. Wir hoffen, dass nach der Einrichtung einer „Taskforce“ zeitnah gehandelt und manches effektiver wird. Dabei werden

Mitarbeitende dringend gesucht, ebenso Räumlichkeiten, die bereits vor einem Jahr Mangelware waren. Wie immer bei solchen Fragestellungen ist der Handlungsdruck immens. Leerstehende Hallen, Gewerbeimmobilien usw. sind dringend gesucht. Bestes Beispiel, und da sind wir froh über unkonventionelle Vorschläge, Herr Landrat, ist der Sitzungssaal. Vielleicht fällt mancher Kreisgemeinde, mancher Kirchengemeinde noch ähnliches ein.

Mittelfristig muss günstiger Wohnraum entstehen, sowohl Kreisbau als auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind die geeigneten Partner, private Initiativen sind willkommen. Für uns entscheidend ist: Flächenrecycling statt Bauen auf der grünen Wiese, kostengünstiges Bauen ist unter Einhaltung von gesetzlich geltenden Standards möglich und notwendig. Die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit hatten wir bereits letztes Jahr gefordert, die jetzt eingeplante 50-Prozentstelle wird dringend benötigt. Als ausreichend wird sich eine halbe Stelle nicht erweisen.

Damit es keinesfalls zu einer Konkurrenz der Ärmsten in unserem Land um bezahlbaren Wohnraum, Arbeit und Anerkennung kommt, ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände dringend erforderlich.

Wir halten deswegen einen

A:Runden Tisch mit der Liga der Wohlfahrtsverbände notwendig, wenn es um Querschnittsaufgaben geht.

Im Bereich der Jugendhilfe halten wir es für dringend geboten, der vorausschauenden Planung ein besonderes Gewicht zu verleihen. Die vorgelegte Integrierte Berichterstattung zur Entwicklung von Jugendhilfebedarf und sozialstrukturellem Wandel (IBÖ) ist als zentrales Steuerungsinstrument für eine qualifizierte Weiterentwicklung der Jugendhilfeplanung zu werten. Die Studie beschreibt nicht nur sozialstrukturelle Indikatoren für die Entstehung eines Jugendhilfebedarfs, sie zeigt die komplexen Wechselwirkungen von Sozialstruktur,

Erziehungshilfe -und Jugendhilfestrukturdaten auf. So ist davon auszugehen, dass sich bei den gegebenen ansteigenden sozialen Belastungsfaktoren im Landkreis, der deutliche Fallzahlenzuwachs der letzten Jahre verstärken und fortsetzen wird. Schon jetzt ist jedes 6. Kind im Landkreis Sozialgeldempfänger. Diese Erkenntnisse sollten uns alarmieren.

Wie könnte diesem steigenden Bedarf entgegengewirkt werden? Auch hierfür liefert die IBÖ ein ganzes Bündel von sozialraumspezifischen und regionalen Vorschlägen und Maßnahmen, die von der Vermeidung bzw. Abfederung von belastenden Lebenssituationen wie Armutserfahrungen, bis zu konkreten Vorschlägen der Verbesserung der Angebotsstrukturen der präventiven Jugendhilfe, z.B. in neuen Projekten, reichen.

Nach der nahezu abgeschlossenen Transferphase der IBÖ in die Landkreiskommunen ist jetzt zu beobachten, dass bis auf Göppingen, kein angebotenes Fachgespräch und spezielle Gemeindeauswertung von den Kommunen in Anspruch genommen wurde, die IBÖ Gefahr läuft in der Schublade zu verstauben und sie als differenzierte Planungs- und Erkenntnisgrundlage vor Ort nicht die verdiente Bedeutung erlangt. Da die personellen Kapazitätsgrenzen beim Landratsamt für die begleitende Unterstützung der Kommunen nachvollziehbarerweise erreicht sind, stellen wir folgenden

A: zwei Studierende der Dualen Hochschule sollen mit der Aufgabe betraut werden, das Transferkonzept der IBÖ weiterzuentwickeln, spezifische Gemeindeauswertungen zu erarbeiten und in die Kommunen zu transferieren, einen fachlichen und politischen Diskurs anzuregen und beteiligungsorientierte Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Das Bemühen des Landkreises um die Entwicklung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für gutes Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen des Landkreises ist in vielen Bereichen der Jugendhilfe zu beobachten.

Lobend hervorheben möchten wir deshalb das Engagement des Landkreises für die Familientreffs und die präventiven Angebote im Rahmen der Frühen Hilfen. Die qualitative Verbesserung der Kindertagesbetreuung wird ein Dauerthema der nächsten Jahre sein und von uns aufmerksam verfolgt werden. Auch die Entwicklung inklusiver (Modell-) Konzepte wird von uns gerne begleitet. Es wird noch ein langer Weg sein, den Inklusionsgedanken als gelebte Alltagskultur in unseren Köpfen und Herzen zu verankern. Erste Teilhabeerfolge sind vor Ort schon sichtbar.

In Zeiten der Flüchtlingsströme, in denen sich Weltoffenheit und gelebte Solidarität besonders bewähren können und müssen, kann sich ein Projekt wie „Demokratie leben“ besonders entwickeln und seinen Sinn entfalten. Dieses leistet einen wichtigen Beitrag zur weiteren Humanisierung unserer Werthaltungen, stärkt unsere Integrationskraft und die interkulturellen Kompetenzen und schafft bisher nicht eingepflegte Beteiligungsformen.

Die aktuelle Situation zur Suchtprävention und der psychosozialen Begleitung Substituierter ist, wie berichtet, seit längerem angespannt. Wir stehen der Schaffung einer zusätzlichen Stelle offen gegenüber und erwarten deren Beantragung aus der Praxis, um sie unterstützen zu können.

Dem Antrag des Kreisjugendrings auf Umwandlung einer Sachbearbeitungsstelle mit 50 Prozent in eine unbefristete Stelle stehen wir positiv gegenüber und

A: erwarten eine Behandlung im JHA.

Ein tolles Erfolgserlebnis war der Radbus. Nach hitziger Diskussion im UVA konnte der Bus im Juli endlich starten und ist regelrecht durchgestartet.

Herzlichen Dank allen Beteiligten

Weniger erfreulich ist die Akzeptanz des Biobeutels. Der Zeitpunkt mit Beginn des Sommers begünstigte die negativen Begleiterscheinungen, die allerdings bei der seitherigen Entsorgung, sprich im Mülleimer, genauso stattgefunden hätten.

Wir weisen erneut darauf hin, dass die bessere Lösung, die Biotonne an der politischen Mehrheit im Kreistag gescheitert ist. Nun gilt es aber, beim Bürger zunächst Akzeptanz zu schaffen und wir werden weiterhin eine vernünftige Lösung anstreben. Beim Entsorgungsweg des Biomülls gibt es Unklarheiten:

A:Wir beantragen den Verwertungsweg aufzuzeigen vom Einsammeln des Biobeutels über die Zwischenlagerung bis zur weiteren Verarbeitung.

Fast haben wir nicht mehr daran geglaubt: Bei den Grüngutsammelplätzen scheint die Kuh vom Eis zu sein. Zähe Verhandlungen mit mancher Gemeinde kosteten Zeit und Geld. Die Kostenentwicklung der Grüngutkonzeption weist nach oben, allerdings ist in den wenigsten Plätzen eine kostengünstigere Umsetzung möglich, dies auch aufgrund des schleppenden Entscheidungsprozesses.

Lassen Sie mich nun zu weiteren **Verkehrsthemen** kommen:

Wir sind nach den Vorgesprächen mit den Busunternehmern gespannt auf den endgültigen Vertrag und gehen davon aus, dass wir uns bald über grundlegende Verbesserungen im **Busverkehr** freuen werden. Viele Maßnahmen, die nun geplant sind, sind schon lange diskutiert und vorgeschlagen worden. Wenn wir KundInnen halten und neue NutzerInnen gewinnen wollen, ist es zwingend notwendig, dass Pünktlichkeit, Sauberkeit und Freundlichkeit besser werden. Wir halten eine begleitende Evaluation für dringend geboten.

A: Wir beantragen die zeitnahe Gründung eines Fahrgastbeirates, der auch schon die Umstellungsmaßnahmen begleitet, mit jährlicher Berichterstattung im UVA.

Genauso wichtig ist die zügige Verabschiedung des **Nahverkehrsplans**, der den Rahmen setzt für bessere Anbindungen und Vertaktungen. Die in diesem Zusammenhang zu führenden abschließenden Gespräche mit den Schulen müssen endlich akzeptable Ergebnisse für die Betroffenen bringen, dürfen aber die Grundzüge des Nahverkehrsplans nicht gefährden.

Die Elternbeiträge für den Schülerverkehr sind der Schullandschaft nicht mehr angemessen und müssen neu geregelt und abgesenkt werden- das sehen wir wie die SPD, deshalb unsere Zusage sie 2016 mit dem verabschiedeten Nahverkehrsplan im Rücken neu festzulegen.

Auch in diesem Jahr regen wir Gespräche mit der Stadt und den Busunternehmen über die Aufenthaltsqualität am Busbahnhof an. Klare Angaben zu Fahrplänen und Linienführung, Beschilderung und Beleuchtung an den Bussteigen dürfen nicht bis zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes warten.

Nicht zufrieden sind wir bisher mit der Umsetzung des ÖPNV-Paktes im Blick auf den **Metropolexpress** zwischen Süßen und Geislingen . Wir gehen allerdings davon aus, dass die angekündigten Gespräche in diesem Monat zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Bus und Bahn bleiben für uns das Rückgrat eines menschen- und klimafreundlichen Verkehrs.

Die Landesregierung hat es vorgemacht – wir begrüßen im Blick auf die **Kreisstraßen** die Priorisierung. Sie erleichtert die sachgerechte Entscheidung und ermöglicht eine zielorientierte Vorgehensweise im Blick auf die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen.

Eine vom Land erarbeitete Priorisierungsliste hat ebenfalls mit zum jüngst erfolgten Spatenstich der B 10, Abschnitt Süßen-Ost und Gingen-Ost beigetragen. Hoffen wir, dass die ersehnte Entlastung bald eintritt.

Im Blick auf den **Klimaschutz** sind wir auf einem guten Weg. Die Diskussionen im Vorfeld der Konferenz in Paris zeigen erneut die Dringlichkeit des Bemühens auf. Nochmals Kiribati: Die Bedrohung für die Inselbewohner im Pazifik ist wie der Meeresspiegel weiter gestiegen, auch an Nord- und Ostsee werden Deiche erhöht und Vorsorgemaßnahmen getroffen. Auch die Zahl der Klimaflüchtlinge, die sich angesichts von Dürre und Versteppung nicht mehr ernähren können, wird steigen. Auch deshalb hat die UNO am 25. September 2015 siebzehn Ziele für **eine nachhaltige Entwicklung** beschlossen (SDGs sustainable development goals), die am 1.1.2016 für die nächsten 15 Jahre in Kraft treten sollen. Im elften Ziel sind explizit die Kommunen als Handelnde angesprochen.

A: Wir beantragen in einer Kreistagssitzung am Ende des ersten Halbjahres über die dort formulierten Ziele und ihre Ausgestaltung für die Kommunen zu informieren und zu diskutieren.

Leider hat sich die Besetzung der Fachstelle für die Umsetzung des **Windkraftstandorte** verzögert. Wir unterstützen alle Bemühungen, die zu einer raschen Umsetzung der Verfahren, etwa bei der Änderung der Landschaftsschutzgebiete, führen. Im Energiemix der Erneuerbaren Energien kann unser Landkreis aufgrund seiner topografischen Lage einen wesentlichen Beitrag für unser beschlossenes Ziel der Energieautarkie leisten.

Grün-Rote Landespolitik hat die Rahmenbedingungen der Kommunen für die Erfüllung wichtiger Zukunftsaufgaben wie Kinderbetreuung, Bildung, Inklusion, medizinische Versorgung, Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen oder Verkehrsinfrastruktur spürbar verbessert. Der Vergleich mit früheren Regierungen und mit anderen Bundesländern verdeutlicht das besondere Engagement der grün-roten Landespolitik.

Die Kommunen wurden in ganz besonderem Maße gestärkt. Die von der Vorgängerregierung vorgenommene Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs wurde unter Grün-Rot stufenweise zurückgeführt. Die Kommunen in Baden-Württemberg erwirtschafteten 2014 zum vierten Mal in Folge ein Plus. Land und Kommunen haben gemeinsam zukunftsweisende Vereinbarungen getroffen und die Weichen für die Umsetzung struktureller Reformen gestellt in Bereichen, in denen es früher heftige Kontroversen gab: zum Beispiel bei der Finanzierung der Kleinkindbetreuung, beim Ausbau der Ganztageschulen, bei der Inklusion oder beim Straßenunterhalt.

Grün-Rot stärkt die beruflichen Schulen

Der Landkreis braucht ein leistungsfähiges Angebot an beruflichen Schulen. Deshalb freuen wir uns dass die grün-geführte Landesregierung an den beruflichen Schulen mehr Stellen besetzt hat als frei wurden. An den beruflichen Gymnasien im Land gibt es neue Bildungsgänge; VAB-Klassen helfen v. a. bei der Integration der jungen Flüchtlinge in unser Bildungs- und Ausbildungssystem.

Interessant ist die Aussage im Haushaltsplan(S.82) dass eine Unterdeckung von 5,66 Mio. € besteht. Als eine mögliche Interpretation wird genannt, dass die Kosten im Landesvergleich im Landkreis zu hoch sind.

A: Wir bitten um eine Gegenüberstellung von Kennzahlen im beruflichen Schulbereich. Uns wird von außen immer wieder eine hervorragende Qualität der Berufsschulen bescheinigt, das finden wir richtig und wichtig, nur muss dies im Verhältnis bestehen können.

Das Land unterstützt die Schulträger 2016 mit 30 Millionen Euro als Ausgleichsbeträge für Mehrkosten z.B. bei der Eingliederungshilfe oder der Schülerbeförderung. Dank Grün-Rot ist die Sonderschulpflicht abgeschafft und Inklusion als pädagogische Aufgabe aller Schulen ins Schulgesetz aufgenommen. Die Sonderschulen werden zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren weiterentwickelt, die sich auch für Kinder ohne Behinderungen öffnen.

A: Wir beantragen einen Bericht über die Ausgestaltung der Konzeption eines „Bildungs- und Beratungszentrums“, die erwarteten Entwicklungen und die Auswirkungen auf die Sonderschulzentren im Landkreis unter Einbeziehung der Schulleitungen.

Außerdem sind wir etwas irritiert, dass die Schulsozialarbeit am landkreiseigenen Sonderschulzentrum noch nicht eingeführt ist. Wir verweisen auf den **Antrag von uns zum HH 2015**, und gehen weiter davon aus, dass die Schule gleichbehandelt wird wie alle anderen Landkreisschulen. Wir bitten die Verwaltung nunmehr definitiv um zeitnahe Umsetzung!

Im September 2015 ist das Handbuch „Willkommen!- Ein Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in Baden-Württemberg“ erschienen. Damit wird eine Hilfestellung angeboten, die wir uns für den Landkreis mit der von uns beantragten Willkommensbroschüre auf Göppinger Verhältnisse gewünscht hätten. Schade, dass dazu die Kapazitäten in der Verwaltung nicht gereicht hatten, aber die Realität hat Fakten geschaffen- so ist es wohl.

Wir wissen, dass verschiedene Freundeskreise sich über Internetseiten Gedanken machen, die die Flüchtlingsarbeit vernetzen sollen. Es ist nicht sinnvoll, wenn jede kleine Gemeinde das für sich tut, sondern hier muss vernetzt werden.

A:Wir beantragen, mit den **Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe** und der Koordinierungsstelle das Konzept für eine internetunterstützte Kommunikationsplattform zu besprechen. Zur Finanzierung können die Mittel verwendet werden, die zwar im HH 2015 vorgesehen waren, jedoch für die Willkommensbroschüre nicht eingesetzt wurden.

Landratsamt 2015 +

Wir stehen hinter der Forderung nach ordentlichen Arbeitsplätzen und einem Gebäude, das den Sicherheitsstandards und dem Brandschutz

entspricht. Wir sehen aber einen Nachbesserungsbedarf was die Planung betrifft und wünschen uns einen Zweckbau, der das absolut Notwendige umfasst.

A:Wir beantragen, dass die Planer und die Hochbauverwaltung ein eingedampftes Konzept vorlegen, und in „Alternativen denken“. Konkret soll überprüft werden, ob ein solitäres Bürogebäude, z. B. in Modulbauweise, auf einer der westlich gelegenen Flächen nicht den gleichen räumlichen Entlastungseffekt zu günstigeren Bedingungen bringen würde. Auch die Weiternutzung des Sitzungssaals ist in dem Zusammenhang zu überprüfen.

Alb-Fils - Kliniken

Die Planungsphase des Neubaus neigt sich ihrem Ende zu. Große Erwartungen sind durch die Beteiligungskultur bei den Mitarbeitenden entstanden, von innen nach außen geplant. Wir halten diese Vorgehensweise nach wie vor für richtig und beispielhaft. Allerdings sind auch große Erwartungen geweckt worden, die unter finanziellen Gesichtspunkten nicht alle erfüllt werden können. Wir sehen das Finanzkonzept als eine klare Zielperspektive, die es einzuhalten gilt. Inwieweit allerdings weiterhin und dauerhaft Einsparungen möglich sein werden, ohne an Qualität zu verlieren, ist für uns fraglich. Seit Jahren ist die Krankenhausfinanzierung politisch präsent, mit zweifelhaften Verbesserungen im Blick auf den Druck, der auf den Mitarbeitenden liegt. Die jetzige Reform legt u.a.ihren Focus auf Hygieneverbesserungen. Der Dokumentationsaufwand wird sich steigern- anstatt Zeit für Patienten zu bekommen. Zeit für Gespräche mit Patienten- ein Beispiel für sogenannte

weiche Faktoren, die in der Mund zu Mund Propaganda für oder wider eine Klinik häufig entscheidend sind. Alles Lamentieren nützt den Alb-Fils-Kliniken und ihren MitarbeiterInnen nichts. Finanzielle Möglichkeiten des Landkreises müssen in Einklang gebracht werden mit der Wirtschaftlichkeit der Kliniken. Uns ist wichtig, dass das medizinische Spektrum dem Versorgungsauftrag des Landkreises entspricht. Dies gilt für das vorgestellte Medizinkonzept und insbesondere für den Neubau der Klinik am Eichert.

Der Standort Geislingen wird gestärkt, hat durch kleinere Einheiten Charme für Patienten und MitarbeiterInnen.

Der ermittelte Investitionsbedarf ab 2016 von 32 Mio. wirkt ernüchternd. Zwar ist die Summe im Finanzkonzept enthalten, trotzdem

A: bitten wir um eine kritische Überprüfung des Investitionsbedarfes.

Für uns besteht weiterhin das Ziel: ein Haus an zwei Standorten in kommunaler Trägerschaft, in dem nicht der Kunde, sondern der Patient im Mittelpunkt steht.

Bedanken möchten wir uns ausdrücklich und zum wiederholten Male bei den Mitarbeitenden, insbesondere auch bei der Geschäftsführung, die unter schwierigen Rahmenbedingungen ihre Arbeit erbringen.

Finanzkonzept 2020+

Einerseits ernüchternd, andererseits eine Entscheidungsgrundlage, wenn es um anstehende Entscheidungen geht. Einiges an Risiken oder Unwägbarkeiten ist enthalten:

Beispiele: Ausgeglichenes Betriebsergebnis der Kliniken ab 2018, Baukostensenkung um 46 Mio €, förderfähige Kosten, VVS Vollintegration ist nicht enthalten, um nur einige wesentliche Punkte hervorzuheben.

In der Bürgermeisterrunde wird erneut eine Senkung der Kreisumlage gefordert. Auch wir verstehen uns als Vertreter von Kommunen, schließlich sind einige von uns in Doppelfunktion vertreten. Nur- was für die Kommunen gilt, gilt auch für den Landkreis. Wir brauchen angesichts der bevorstehenden größten Investition des Landkreises eine gute Ausgangsbasis. Einer Absenkung werden wir allen „Zahlerdrehereien“ zum Trotz nicht folgen. Seitens der Verwaltung wurden die Personalkosten um 500 000 € abgesenkt, ebenso verabschieden wir den Haushalt bereits 2015 für 2016! Folgt man der Logik des Schreibens der Bürgermeister müssten alle Kommunen, die Schulden haben, dies mit ihren Rücklagen „verrechnen“! Manche Kommune verbucht trotz der etwas stagnierenden Steuerschätzung höhere Gewerbesteuern. Wir könnten uns durchaus auch eine höhere Kreisumlage vorstellen, da die Rücklagen für den Landkreis dringend notwendig sind und die von der Bürgermeisterrunde großzügig vorgeschlagene Sonderfinanzierung bereits im Finanzkonzept enthalten ist. Wir warten zunächst die weiteren Beratungen ab, bevor wir uns festlegen.

Wir sehen viele Projekte im Landkreis **-und wir haben nicht alle erwähnt -** auf einem guten Weg. Gesundheitsversorgung, Verkehr, Klimaschutz, Soziale Gerechtigkeit und Bildung- die Aufgaben sind enorm. Ich habe am Anfang die großen Herausforderungen im Blick auf den Klimawandel und die Bekämpfung der Fluchtursachen, im Blick auf die angemessene Integration der Flüchtlinge hier, genauso wie die wachsende soziale

Ungleichheit weltweit und in unserem Land angesprochen .Lassen Sie uns gemeinsam die Aufgaben hier im Landkreis und den Kommunen angehen, mit Mut und persönlichem Engagement. .

Uns allen wünsche ich gute Beratungen. Dank an die Verwaltung für Ihre tägliche Arbeit, der Fraktion danke ich herzlich für Ihre Beiträge .

Für die Fraktion der Grünen im Kreistag

Martina Zeller-Mühleis

Wir halten deswegen einen

A1:Runden Tisch mit der Liga der Wohlfahrtsverbände notwendig, wenn es um Querschnittsaufgaben geht.

Da die personellen Kapazitätsgrenzen beim Landratsamt für die begleitende Unterstützung der Kommunen nachvollziehbarerweise erreicht sind, stellen wir folgenden

A2: zwei Studierende der Dualen Hochschule sollen mit der Aufgabe betraut werden, das Transferkonzept der IBÖ weiterzuentwickeln, spezifische Gemeindeauswertungen zu erarbeiten und in die Kommunen zu transferieren, einen fachlichen und politischen Diskurs anzuregen und beteiligungsorientierte Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Dem Antrag des Kreisjugendrings auf Umwandlung einer Sachbearbeitungsstelle mit 50 Prozent in eine unbefristete Stelle stehen wir positiv gegenüber und

A3: erwarten eine Behandlung im JHA.

A4:Wir beantragen den Verwertungsweg aufzuzeigen vom Einsammeln des Biobeutels über die Zwischenlagerung bis zur weiteren Verarbeitung.

A5: Wir beantragen die zeitnahe Gründung eines Fahrgastbeirates, der auch schon die Umstellungsmaßnahmen begleitet, mit jährlicher Berichterstattung im UVA.

A6: Wir beantragen in einer Kreistagssitzung am Ende des ersten Halbjahres über die dort formulierten Ziele und ihre Ausgestaltung für die Kommunen zu informieren und zu diskutieren.

A7: Wir bitten um eine Gegenüberstellung von Kennzahlen im beruflichen Schulbereich. Uns wird von außen immer wieder eine hervorragende Qualität der Berufsschulen bescheinigt, das finden wir richtig und wichtig, nur muss dies im Verhältnis bestehen können.

A8: Wir beantragen einen Bericht über die Ausgestaltung der Konzeption eines „Bildungs- und Beratungszentrums“, die erwarteten Entwicklungen und die Auswirkungen auf die Sonderschulzentren im Landkreis unter Einbeziehung der Schulleitungen.

A9:Wir beantragen, mit den **Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe** und der Koordinierungsstelle das Konzept für eine internetunterstützte Kommunikationsplattform zu besprechen. Zur Finanzierung können die Mittel verwendet werden, die zwar im HH 2015 vorgesehen waren, jedoch für die Willkommensbroschüre nicht eingesetzt wurden.

A10:Wir beantragen, dass die Planer und die Hochbauverwaltung ein eingedampftes Konzept vorlegen, und in „Alternativen denken“. Konkret soll überprüft werden, ob ein solitäres Bürogebäude, z. B. in Modulbauweise, auf einer der westlich gelegenen Flächen nicht den gleichen räumlichen Entlastungseffekt zu günstigeren Bedingungen bringen würde. Auch die Weiternutzung des Sitzungssaals ist in dem Zusammenhang zu überprüfen

Kliniken: Zwar ist die Summe im Finanzkonzept enthalten, trotzdem

A11: bitten wir um eine kritische Überprüfung des

Investitionsbedarfes.